



Aktive Integration für junge Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen

Zusammenfassung

Einleitung

Die vorliegende Studie von Eurofound untersucht die Situation junger Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen in elf Ländern (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Niederlande, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien und Vereinigtes Königreich) sowie auf EU-Ebene, wobei insbesondere die Umsetzung der aktiven Integrationspolitik auf nationaler Ebene bewertet wird. Die Politik der aktiven Integration verfolgt das Ziel, für die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernten Menschen Maßnahmen zusammenzuführen, die sich auf drei Säulen beziehen – angemessenes Einkommen, integrative Arbeitsmärkte und Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Hauptziel der Forschung ist es, festzustellen, wie die Politik umgesetzt worden ist, um junge Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen von der Untätigkeit in ein Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Es werden 44 unterschiedliche und innovative Fallstudien zu bewährten Praktiken analysiert, um daraus die typischen Merkmale von Dienstleistern, deren Erfahrungen und die Erfolgsfaktoren ihrer Projekte herauszufiltern und anhand dessen Schlussfolgerungen zu ziehen, die in der gesamten Europäischen Union (EU) anwendbar sind. Einige Fallstudien betreffen die psychische Gesundheit, die in der Mehrheit der untersuchten Länder ein immer wichtiger werdendes Thema ist. Besondere Aufmerksamkeit wird den laufenden Diskussionen über Reformen auf nationaler Ebene gewidmet.

Politischer Kontext

Junge Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen in der EU haben Schwierigkeiten, Zugang zur Beschäftigung zu finden. Die begrenzten Informationen, die zu dieser Bevölkerungsgruppe verfügbar sind, verweisen auf sehr niedrige Beschäftigungsquoten und steigende Zahlen bei der Inanspruchnahme von Erwerbsunfähigkeits- oder anderen Sozialleistungen unmittelbar nach dem Schulabschluss oder zu Beginn des Arbeitslebens. Statistiken über die Größe dieser Bevölkerungsgruppe sind schwer zu finden – Beschäftigungsstatistiken enthalten keine Angaben über den Gesundheitszustand junger Menschen, während Statistiken über Gesundheit oder Behinderungen nicht ohne Weiteres Aufschluss über den Beschäftigungsstatus junger Menschen geben.

Eine Reihe von Politikbereichen auf EU-Ebene ist für die Situation junger Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen von Bedeutung, der wichtigste davon ist die aktive Integrationspolitik. Die aktive Integration hat jedoch für diese jungen Menschen nur einen begrenzten Wert, wenn sie, neben dem angemessenen Einkommen, integrativen Arbeitsmärkten und dem Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, Ausbildung und lebenslanges Lernen ausschließt. Bildung ist für junge Menschen, denen der Eintritt in das Arbeitsleben noch bevorsteht, ein ganz entscheidender Bereich. Andere relevante politische Maßnahmen, z. B. im Bereich Beschäftigung, Diskriminierung und Menschen mit Behinderungen, sind potenziell ebenfalls von Bedeutung, sie sind jedoch nicht speziell auf junge Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen ausgerichtet.

Wichtigste Erkenntnisse

Einzelstaatliche Rechtsvorschriften und Programme

Die Forschung hat 144 Rechtsakte und 117 relevante Programme in den Mitgliedstaaten ermittelt, die sich auf mehr als eine Säule der aktiven Integration beziehen. Es ist jedoch klar, dass die meisten dieser Initiativen nur zum Teil durch die aktive Integrationspolitik auf EU-Ebene motiviert sind, auch wenn ihre Bestimmungen und Aktivitäten mit dieser Politik im Einklang stehen. Außerdem ist auch klar, dass die Ausrichtung dieser Maßnahmen auf junge Menschen mit Behinderungen oder Gesundheitsproblemen in den verschiedenen Mitgliedstaaten erheblich variiert.

Aus der Studie ergibt sich eine Reihe wichtiger Themen.

- Es besteht ein Trend, sich mit den Bedürfnissen von Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen innerhalb der allgemeinen Maßnahmen anstatt spezialisierter Dienstleistungen zu befassen.
- Geschützte Dienstleistungen spielen in einer Reihe von Ländern immer noch eine wichtige Rolle.

- Die Konzentration auf den Übergang von schulorientierten Systemen zu beschäftigungsorientierten Systemen ist ein wichtiger, produktiver Weg, um die Probleme dieser jungen Menschen anzugehen.
- Anreize, entweder in Form von Unterstützungen für Arbeitgeber oder von Beschäftigungsquoten, sind relativ häufig, wenngleich junge Menschen in den meisten Quotensystemen unterrepräsentiert sind.
- Die Finanzierung von Dienstleistungen steht aufgrund der Wirtschaftskrise in vielen Staaten unter Druck.

Bewährte Praktiken

Aus den Fallstudien lassen sich mehrere Prinzipien ableiten.

- Für den Übergang zur Beschäftigung ist ein integriertes Konzept für die Kompetenzentwicklung, Ausbildung und Stellenvermittlung erforderlich.
- Nach der Ausbildung muss eine rasche Vermittlung in eine reale Arbeitsstelle sichergestellt werden, wenn die Motivation erhalten bleiben und die erworbenen Kompetenzen ihre Gültigkeit behalten sollen.
- Die einzelnen Menschen müssen in die Lage versetzt werden, ihre berufliche Laufbahn zu steuern und reale Entscheidungen über deren Richtung zu treffen.
- Arbeitgeber benötigen Unterstützung bei der Einstellung, Ausbildung und Bindung von Beschäftigten mit Behinderungen.
- Alle Projekte sollten letztendlich darauf abzielen, denjenigen, die dazu in der Lage und daran interessiert sind, eine Teilnahme am offenen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.
- Gute Projekte entwickeln sich in ihrem Verlauf entsprechend dem Konzept der aktiven Integration weiter.

Es gibt aussagekräftige Belege dafür, welche Maßnahmen in Zusammenhang mit der Integration junger Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen funktionieren und welche Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieser Integration auftreten können. Bewährte Praktiken zeichnen sich durch eine Reihe von Merkmalen aus, beispielsweise die Verfolgung eines proaktiven Ansatzes, die Gewährung flexibler Sozialleistungen, die Förderung eines besseren Übergangs von der Schule in das Arbeitsleben und die Verfolgung eines Ansatzes, der Wege in die Beschäftigung aufzeigt.

Wichtige Punkte, die in den Fallstudien ermittelt wurden, sind:

- Die aktive Integration hatte nur einen begrenzten Einfluss auf die Gestaltung und Durchführung der Projekte, und das auch nur in einigen Ländern.
- Initiativen, bei denen Maßnahmen im Rahmen von mehr als einer Säule kombiniert wurden, waren tendenziell erfolgreicher.
- Die Umsetzung politischer Strategien für die aktive Integration erfordert eine gute Zusammenarbeit zwischen Dienstleistern im Rahmen der vier Säulen (einschließlich der Bildung) – dies ist nicht ganz einfach.

Empfehlungen für die Politik

- Junge Menschen mit Gesundheitsproblemen oder Behinderungen werden gegenwärtig sowohl in der Politik als auch in der Praxis vernachlässigt; ihnen muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Die Datenerhebung und Berichterstattung müssen erheblich verbessert werden.
- Die Rolle psychischer Gesundheitsprobleme als Faktor für die soziale Ausgrenzung der Zielgruppe muss wirksamer behandelt werden.
- Es besteht Bedarf an der Entwicklung neuer politischer Instrumente, um diese Zielgruppe zu erreichen.
- Systeme für die Erbringung von Dienstleistungen müssen viel besser miteinander vernetzt werden, um die aktive Integration zu ermöglichen.
- Es ist ein gemeinsames Handeln der wichtigsten Regierungsstellen und sonstigen Interessenträger erforderlich, damit die aktive Integration erfolgreich sein kann.
- Politik und Praxis müssen aus den verfügbaren Erkenntnissen lernen. Aus den Fallstudien gewonnene „weiche“ Erkenntnisse zeigen auf, welche Maßnahmen funktionieren und welche Gesichtspunkte in die Weiterentwicklung der Politik einfließen sollten.
- In der Politik wie auch in der Praxis ist eine Reihe kritischer Faktoren zu berücksichtigen – hauptsächlich die wirtschaftlichen Erschütterungen in weiten Teilen Europas. Junge Menschen mit Gesundheitsproblemen sind besonders gefährdet, deshalb sind Maßnahmen erforderlich, um eine Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für diese Gruppe zu schaffen.

Weitere Informationen

Wenn Sie weitere Informationen benötigen, senden Sie bitte eine E-Mail an Anna Ludwinek, Forschungsbeauftragte, unter folgender Adresse: alu@eurofound.europa.eu.